

### FREIE WÄHLER unterstützen Nordenstädter Ortsvorsteher



In einer Art Brandbrief hat der Nordenstädter Ortsvorsteher Rainer Pfeifer die schleppende bis verschleppende Entwicklung und Mittelzuweisung für Nordenstadt hingewiesen.

Christian Bachmann, FREIE WÄHLER Ortsbeiratsmitglied und Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament, kann diese Beschwerde nur unterschreiben.

Das Nordenstädter Gemeindezentrum befindet sich in einem mehr als maroden Zustand. Betonbrocken lösen sich aus der Fassade und gefährden damit auch noch die Nutzer und Besucher des Gebäudes.

Die räumliche Ausstattung entspricht weitestgehend immer noch dem Stand des Baus Ende der 1970er Jahre.

"Im Zeitraum von 2004 bis heute wurden mehr als **vierhunderttausend Euro** für Planung und **Machbarkeitsstudien** ausgegeben oder freigegeben.

Investiert an Instandhaltungsmitteln wurden nur etwas über dreihunderttausend Euro. Und was ist das **Ergebnis? Nichts**, außer, daß es eine **weitere, neue** von der SEG erstellte **Machbarkeitsstudie**

geben soll die **vom OB beauftragt** wurde" so Christian Bachmann.

Ohne verschiedene Stadtbezirke in den Wettbewerb stellen zu wollen, muß man sich schon die Frage stellen, warum eine Ortsverwaltung wie Dotzheim, die im gleichen Zeitraum erstellt wurde wie das Nordenstädter Gemeindezentrum, saniert und barrierefrei ist, und das Gebäude in Nordenstadt weiterhin vor sich in gammelt und verfällt.

Vielleicht liegt es auch daran, daß das Gebäude nicht dem Hauptamt, sondern dem Liegenschaftamt gehört, das **nur Interesse an den Mieteinnahmen hat, nicht aber an der Funktion des Gebäudes** und der Bedeutung für die Nordenstädter als gesellschaftlicher Treffpunkt.

Bachmann abschließend: "Nordenstadt trägt einen nicht unerheblichen Teil der Steuereinnahmen bei, nimmt mit dem Hainweg 2500 neue Mitbürger auf und integriert diese.

Bei der Infrastruktur sind wir jedoch nachweislich abgehängt. Nicht umsonst hängen die wichtigsten Projekte seit fast Jahrzehnten in der Warteschleife. Was man aber auch nicht vergessen sollte ist, daß die **Parteien, die eine große Mehrheit des Ortsbeirats bilden, auch in der Stadtregierung das Sagen** haben".